

FÜR EINE ECHTE POLITISCHE JUGENDPARTIZIPATION – JUGENDPARLAMENTE FÜR BAYERN!

Die GRÜNE JUGEND ist als Verband der Gegenbeweis, dass man in Bezug auf Jugendliche nicht einfach verallgemeinernd von einer vorherrschenden Politikverdrossenheit unter jungen Menschen sprechen kann. Im Gegenteil zeigen die in den vergangenen Wochen und Monaten angestiegenen Mitgliedszahlen bei der GRÜNEN JUGEND, dass gerade junge Menschen Lust auf Politik und politische Debatten haben. Worauf sie aber laut der aktuellen Shell-Studie keine Lust haben, sind festgefahrene, unübersichtliche und verstaubte Strukturen bzw. sich in solchen Strukturen zu engagieren. Gerade dieses Image haben in der Wahrnehmung vieler Jugendlicher die kommunalen Parlamente, Stadträte und Kreistage, da sie kaum wissen, welches die Befugnisse dieser Parlamente sind und womit sie sich konkret beschäftigen. Gleichzeitig ist aber die Grundlage unserer Demokratie der Parlamentarismus, der davon lebt, dass sich aktive Menschen für ihre Anliegen und Themen einsetzen - ob im Bundestag, Landtag, Kreistag oder Stadtrat. Ein Parlament sollte aber auch immer den Pluralismus der Gesellschaft widerspiegeln, weshalb gerade die kommunalen Parlamente mit Durchschnittsalter von nicht selten über 60 Jahren eine Verjüngungskur dringend nötig haben!

Diesem Defizit an jugendlicher Vertretung in den Kommunalparlamenten kann mit einer Partizipationsmöglichkeit entgegengewirkt werden, die den Jugendlichen als Sprachrohr in die Politik dient, die Demokratie bereits ab dem jugendlichen Alter nahebringt und für sie begeistert und die die Soft Skills lehrt, die für parlamentarische Politik unabdingbar sind - z.B. wie Interviews gegeben werden

Diese Anforderungen an eine erfolgreiche Beteiligung junger Menschen in die Jugendpolitik decken Jugendparlamente ab, die mit ausreichend finanziellen Mitteln und einer hauptamtlichen Geschäftsführung ausgestattet werden. Mit Jugendparlamenten kann es gelingen, Jugendliche für Politik zu begeistern, wenn sie nicht in bürokratischer Buchführung versinken, sondern sie mit Hilfe von sozialpädagogischem Fachpersonal lernen, miteinander politisch zu diskutieren, über Anträge abzustimmen und diese dann mit eigenen finanziellen Mitteln umzusetzen oder mittels Rede- und Antragsrecht im Stadtrat einzubringen. Durch Jugendparlamente erhalten junge Menschen eine viel nähere Erfahrung mit parlamentarischer Arbeit. Das sorgt dafür, dass das Interesse von Jugendlichen in den Kommunen eine Stimme hat und sich die Jugendlichen

ernst genommen fühlen. Um die Verjüngungskur der Kommunalparlamente auch rechtlich zu ermöglichen, setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern auch für eine Absenkung des passiven Wahlrechts ein. Wir sind uns bewusst, dass damit einhergehend Anpassungen etwa am Jugendschutzgesetz notwendig werden. Diese wollen wir kritisch begleiten.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass in Anlehnung an das Konzept in Baden-Württemberg jedem Gemeinderat auch ein Jugendgemeinderat zur Seite gestellt wird und damit flächendeckend Jugendparlamente eingerichtet werden, die mit ausreichenden finanziellen Fördersummen unterstützt und nachhaltig bei den Jugendlichen zur lohnenden Beteiligungsmöglichkeit gemacht werden.

Zugleich gibt es aber bereits in vielen Kommunen unterschiedlichste Beteiligungsmöglichkeiten wie beispielsweise Stadtschüler*innenvertretungen. Deshalb bleibt zu betonen, dass mit Jugendparlamenten keine Parallelstrukturen aufgebaut werden sollen, die bisherige Partizipationsmöglichkeiten in Frage stellen oder gar ersetzen, sondern immer als zusätzliche und ergänzende Beteiligungsmöglichkeit eingeführt werden müssen.

Neben der Einrichtung von Jugendparlamenten setzen wir uns weiterhin für mehr junge Menschen im Gemeinde- und Kreis-, Bezirkstagen sowie Land- und Bundestag ein.